

Linke, Christian

Digitale Wissensorganisation. Wissenszurechnung beim Einsatz autonomer Systeme

Baden-Baden: Nomos, 2021, 365 S.

ISBN 978-3-8487-7148-6

Die Dissertation untersucht die Forschungsfrage, ob und wie beim Einsatz autonomer Systeme innerhalb von Unternehmen in der Rechtsform der juristischen Person das in den Systemen verkörperte Wissen dem jeweiligen Rechtsträger zugerechnet werden kann.

Das BGB hat die Zurechnung von Wissen nur äußerst lückenhaft geregelt. Für die Wissenszurechnung in Unternehmen hat sich daher – neben der gesetzlichen Regelung des § 166 Abs. 1 BGB – mit der Wissensorganisationspflicht eine richterrechtliche Regelung herausgebildet. Die Digitalisierung stellt dieses Konzept mit einer gewaltigen Zunahme der vorhandenen Datenmengen sowie der Informationsverarbeitung durch autonome Systeme anstelle von Menschen vor gewaltige Herausforderungen.

Die Arbeit soll daher zeigen, ob und inwieweit die Frage der Wissenszurechnung beim Einsatz autonomer Systeme mit der bisherigen Dogmatik bewältigt werden kann. Sie analysiert das von der Rechtsprechung entwickelte mehrstufige Konzept der Wissenszurechnung daraufhin, ob es in der Lage ist, neue technische Formen der Wissensgenerierung und Wissensorganisation jenseits menschlicher Akteure juristisch zu bewältigen. Hierbei folgt sie im Ausgangspunkt einem prinzipienorientierten rechtsdogmatischen Ansatz, der jedoch für die disruptiven technischen wie sozioökonomischen Entwicklungen seiner Umwelt empfänglich ist und diese – mit genuin rechtlichen Mitteln – produktiv verarbeitet.

Dabei unterscheidet die Arbeit für die Frage der Wissenszurechnung beim Einsatz autonomer Systeme zunächst zwischen dem vertraglichen und dem außervertraglichen Bereich. Ferner identifiziert und differenziert die Arbeit drei Konstellationen, in denen sich das Problem einer Wissenszurechnung beim Einsatz autonomer Systeme stellt: die Einsatzbereiche (1.) der Informationsbeschaffung und Informationsauswertung, (2.) der Entscheidungsfindung sowie (3.) der Entscheidung und Entscheidungsumsetzung. Methodisch ist die Untersuchung in diesen Konstellationen parallel strukturiert: Eingebettet von einem Beispiel wird zunächst die Problematik der Wissenszurechnung beim Einsatz autonomer Systeme bereichsspezifisch herausgearbeitet, um im Anschluss daran ein eigenes Konzept für diese zu entwickeln.

Anhand dieser Vorgehensweise entwickelt die Untersuchung ein Modell für eine Wissenszurechnung beim Einsatz autonomer Systeme. Diese knüpft an die Systeme als Zurechnungssubjekte an, ohne dass es hierfür deren Rechtsfähigkeit bedarf. Hierfür wird zunächst der Wissensbegriff für die Informationsverarbeitung durch die Systeme operationalisiert. Deren Wissen kann dem Rechtsträger des sie einsetzenden Unternehmens in den Einsatzbereichen der Informationsbeschaffung und Informationsauswertung sowie der Entscheidungsfindung entsprechend der (hierfür nochmals fortgebildeten) Wissensorganisationspflicht, im Einsatzbereich der Entscheidung und Entscheidungsumsetzung analog § 166 Abs. 1 BGB zugerechnet werden.